

KURZBERICHTE AUS PRAXIS UND FORSCHUNG

Ansiedlungen und Stilllegungen von Industriebetrieben

Veröffentlichungsreihe

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gibt seit mehr als zehn Jahren eine Veröffentlichungsreihe unter dem Titel „Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland“ heraus. Die Bearbeitung dieser Reihe erfolgt anhand von Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg im Institut für Raumordnung in Bonn-Bad Godesberg. Die einzelnen Untersuchungen beginnen mit dem Jahre 1955 und umfassen zunächst die Drei-Jahres-Zeiträume 1955–1957, 1958–1960 und 1961–1963, sodann die Zwei-Jahres-Zeiträume 1964–1965, 1966–1967 und 1968–1969. Eine weitere Untersuchung für die Jahre 1970–1971 wird gegenwärtig bearbeitet.

Der Aufbau der Untersuchungen ist im Laufe der Zeit leicht modifiziert worden, jedoch blieb die Vergleichbarkeit der Einzeluntersuchungen im wesentlichen erhalten. Seit 1966 sind neben den Ansiedlungen auch die Stilllegun-

gen von Industriebetrieben untersucht worden. Die Veröffentlichungen enthalten jeweils neben einer textlichen Auswertung umfangreiche Statistiken sowie eine Karte, die die angesiedelten Betriebe lagerichtig wiedergibt, bzw. seit 1966 eine weitere Karte, die die Beschäftigten stillgelegter Betriebe kreisweise darstellt.

Sonderuntersuchung

Um eine Gesamtschau der Industrieansiedlungen und ihrer Entwicklung sowie einen Überblick über die Stilllegungen von Industriebetrieben innerhalb eines größeren Zeitraumes zu erhalten, ist eine umfassende Sonderuntersuchung durchgeführt worden, die soeben veröffentlicht worden ist*. Sie enthält eine textliche Auswertung, einen

* Standortwahl und Entwicklung von Industriebetrieben sowie Stilllegungen in der Bundesrepublik Deutschland mit Berlin (West) von 1955 bis 1967. Bearbeitet im Institut für Raumordnung nach Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeit von *Günter Kroner* und *Klaus Schliebe* unter Mitarbeit von *M. ten Brink* und *H. v. Schilling*. Hrsg. v. Bundesminister für Arbeit und

umfangreichen Tabellenteil und 16 Übersichtskarten. Ihre wesentlichsten Ergebnisse sollen wegen des sicherlich auch im Leserkreis dieser Zeitschrift vorhandenen Interesses im folgenden skizziert werden.

Entwicklung der Industrie bis 1967

In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg bis Mitte der fünfziger Jahre wurden die durch Kriegseinflüsse zerstörten Produktionsstätten in den traditionellen Industrieländern wieder aufgebaut. Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze in neugegründeten Betrieben wirkte sich erst etwa Mitte der fünfziger Jahre stärker auf die Industriebeschäftigung aus. Dieser Zeitpunkt fällt etwa mit dem Beginn des dreizehnjährigen Untersuchungszeitraumes zusammen. Die jetzt einsetzende Phase allgemeiner wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung erreichte in den Jahren 1964 und 1965 ihren Höhepunkt. In den letzten beiden Jahren des Untersuchungszeitraumes, 1966 und 1967, erfolgte eine Rezession.

Die Zahl der Industriebeschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland mit Berlin (West) spiegelt den Gang der Wirtschaftsentwicklung während des Untersuchungszeitraumes wider. So wurden Anfang des Jahres 1955 6,58 Mill. Industriebeschäftigte gezählt, Ende 1965 waren es 8,44 Mill., aber Ende 1967 nur noch 7,72 Mill. Industriebeschäftigte. Damit lag nunmehr die Zahl der Beschäftigten um 17% höher als 1955. Stärkere relative Zunahmen verzeichneten allerdings die weniger industrialisierten Länder, unter denen Bayern mit 37% an der Spitze lag. Aber auch das traditionelle Industrieland Baden-Württemberg übertraf mit einer Zunahme von 29% mehr agrarisch orientierte Länder. Die geringste relative Zunahme mit weniger als 20% wies Nordrhein-Westfalen auf, hervorgerufen durch den bereits hohen Industrialisierungsgrad zu Beginn der Untersuchungsperiode und die Strukturkrise im Kohlenbergbau. Das einzige Land mit einer rückläufigen Industriebeschäftigtenzahl war das Saarland, weitgehend bedingt durch die Bergbaukrise.

Ansiedlungen von Industriebetrieben

Von 1955 bis 1967 wurden insgesamt 7635 Industriebetriebe neuerrichtet bzw. an einen anderen Standort verlagert. Dabei erhöhte sich die Zahl der pro Jahr im Durchschnitt errichteten Betriebe im Laufe der Jahre ständig. So wurden in den beiden Jahren der Hochkonjunktur 1964–1965 jeweils rd. 1000 Betriebe, also mehr als doppelt so viele wie 1955, angesiedelt. Während der Rezession lag sodann die Zahl der Betriebserrichtungen deutlich niedriger. Auf der anderen Seite belief sich – trotz der von Jahr zu Jahr zunehmenden Zahl von Ansiedlungsfällen – die Zahl der von 1955 bis 1965 pro Jahr besetzten Arbeitsplätze

Tabelle 1: In den Jahren 1955–1967 neuerrichtete und verlagerte Industriebetriebe, die 1967 noch bestanden, und deren Beschäftigte Ende 1967 nach Ländern

Land	Betriebe	Beschäftigte
Schleswig-Holstein	262	26 969
Hamburg	32	9 864
Niedersachsen	631	114 512
Bremen	22	12 907
Nordrhein-Westfalen	1 299	162 875
Hessen	519	74 493
Rheinland-Pfalz	469	59 506
Baden-Württemberg	1 288	161 788
Bayern	1 127	155 269
Saarland	93	14 962
Berlin (West)	129	17 196
Bundesgebiet	5 871	810 341

ze nahezu gleichbleibend auf etwa 50 000, während der Rezession auf 30 000.

Etwa jeder vierte neuerrichtete Industriebetrieb konnte sich nicht behaupten und wurde bis Ende 1967 wieder stillgelegt. Die 1967 noch bestehenden 5871 Betriebe konnten jedoch ihren Arbeitskräftebestand insgesamt um etwa ein Drittel auf 810 341 Beschäftigte erweitern, wobei die Aufstockungen im allgemeinen weitgehend zugunsten der von Männern besetzten Arbeitsplätze erfolgten. Die Betriebe und Beschäftigten verteilen sich recht unterschiedlich über die Bundesländer; wie Tabelle 1 zeigt, entfallen die Neuerrichtungen zu einem ganz beträchtlichen Teil auf die bevölkerungsstarken Länder.

Aus dem Zahlenverhältnis zwischen Industriebeschäftigten insgesamt und den Beschäftigten in neuerrichteten Betrieben ergibt sich, daß 1967 etwa jeder zehnte industrielle Arbeitnehmer in einem neuerrichteten oder verlagerten Betrieb tätig war. Demgegenüber war es beispielsweise in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz sogar jeder sechste, in Bayern jeder achte, aber in Nordrhein-Westfalen nur jeder fünfzehnte und in Hamburg nur jeder zwanzigste.

Ansiedlungen in den Verdichtungsräumen

Bei der Standortwahl kam den Verdichtungsräumen besondere Bedeutung zu. Sie unterstreichen ihre Standortgunst vor allem bei Betrieben der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie der Investitionsgüterindustrie. Ein größeres Angebot von z. T. hochqualifizierten Arbeitskräften erlaubte die Ansiedlung zahlreicher Großbetriebe mit vielfach mehr als 1000, vereinzelt sogar mit mehr als 5000 Arbeitskräften. Seit Beginn der sechziger Jahre war allerdings mit einer Verknappung an weiteren geeigneten Flächen in den Kerngebieten der Verdichtungsräume eine Verringerung der Ansiedlungen zu beobachten. Ende 1967 bestanden in den 24 Verdichtungsräumen 1463 neuerrichtete Industriebetriebe, die zusammen 335 507 Arbeitskräfte beschäftigten. Damit waren 41% aller neuerrichteten Arbeitsplätze des Bundesgebietes in den Verdichtungsräumen gelegen. Der prozentuale Anteil dieser Arbeitsplätze lag

nur geringfügig niedriger als der Bevölkerungsanteil der Verdichtungsräume am Bundesgebiet. Die Industriebetriebe waren schwerpunktmäßig in den Räumen Rhein-Ruhr (99 818 Arbeitsplätze), Stuttgart (43 890), Hannover (28 390), München (26 916), Hamburg (22 005), Rhein-Main (19 891) und Rhein-Neckar (17 577) ansässig geworden. Die Arbeitsplätze in den Verdichtungsräumen wurden zu etwa 70% von Männern eingenommen.

Ansiedlungen in den Bundesfördergebieten

Seit Beginn der sechziger Jahre sind Standortentscheidungen – wenn auch in beträchtlichem Maße in der Form von Zweigbetrieben – zunehmend zugunsten der Fördergebiete gefallen. Innerhalb der Fördergebiete selbst ist eine gewisse Konzentration in den im Zonenrandgebiet gelegenen Verdichtungsräumen, an einzelnen Standorten in den Hamburg-Randkreisen sowie in verschiedenen Bundesausbauorten und in einigen größeren zentralen Orten festzustellen. Ende 1967 bestanden in den Bundesfördergebieten 1725 neuerrichtete Industriebetriebe mit zusammen 205 629 Beschäftigten. 57% der Arbeitsplätze waren von Männern besetzt. Etwa die Hälfte aller neuerrichteten Betriebe und Beschäftigten entfiel auf das Zonenrandgebiet. In welchem Umfang die Ansiedlungen zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Bundesfördergebiete beigetragen haben, zeigt die Tatsache, daß hier jeder fünfte Arbeitnehmer des industriellen Sektors in einem seit 1955 neuerrichteten Betrieb tätig war.

Industriebereiche bzw. -gruppen

Das Schwergewicht der Ansiedlungen sowohl nach der Zahl der Betriebe als auch nach der Zahl der Beschäftigten lag im Bundesgebiet bei der Eisen- und Metallindustrie. Ebenfalls hohe Anteile erreichten die Elektroindustrie, die Chemische Industrie und die Bekleidungsindustrie. In den Verdichtungsräumen besaßen die Betriebe der drei erstgenannten Branchen besonderes Gewicht, denn hier entfielen auf sie etwa vier Fünftel aller Beschäftigten neuerrichteter Betriebe. Demgegenüber war die Bekleidungsindustrie in den mehr ländlichen Zonen vertreten.

Die neuerrichteten Betriebe der vier genannten Industrien verzeichneten bis Ende 1967 die stärksten Zunahmen an Arbeitskräften. Innerhalb der Industriebereiche bzw. -gruppen insgesamt kommt diesen Betrieben folgende Bedeutung zu:

Die Eisen- und Metallindustrie besitzt im Bundesgebiet das größte Gewicht. In den dreizehn Untersuchungsjahren erhöhte sich die Zahl ihrer Beschäftigten insgesamt um 35%, in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern sogar um mehr als 50%. Die Bedeutung der Neuerrichtungen wird dadurch unterstrichen, daß in diesem Bereich Ende 1967 in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern jeder fünfte Beschäftigte in einem neuerrichteten Betrieb tätig war.

Bei der Elektroindustrie erhöhte sich die Zahl aller Beschäftigten im Bundesgebiet um 68% und konnte sich darüber hinaus in einigen Ländern sogar verdoppeln bzw. nahezu verdoppeln. 1967 war in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und im Saarland jeder dritte Beschäftigte dieser Gruppe in einem neuerrichteten Betrieb tätig, in Niedersachsen, Bremen, Baden-Württemberg und Bayern war es jeder fünfte.

Die Zahl der Beschäftigten in der Chemischen Industrie erhöhte sich insgesamt um 51%. Ende 1967 war in Schleswig-Holstein jeder vierte Beschäftigte dieses Bereichs in einem seit 1955 neuerrichteten Betrieb tätig, in Baden-Württemberg und im Saarland war es jeder fünfte.

In der Bekleidungsindustrie erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 32%, in Bayern sogar um 83% und in Rheinland-Pfalz um 69%. Ende 1967 war im Bundesgebiet insgesamt jeder fünfte Beschäftigte dieser Branche in einem seit 1955 errichteten Betrieb tätig, in Rheinland-Pfalz und im Saarland war es sogar jeder dritte und in Niedersachsen, Hessen und Bayern jeder vierte Beschäftigte.

Demgegenüber stagnierten die übrigen Industriebereiche oder nahmen sogar ab. Am stärksten rückläufig war die Textilindustrie. Hier ging im Bundesgebiet jeder fünfte, in Nordrhein-Westfalen sogar jeder dritte Arbeitsplatz verloren. Die Neuansiedlungen der Textilindustrie waren verhältnismäßig unbedeutend.

Insgesamt läßt sich beobachten, daß die Zunahmen der Industriebeschäftigten im wesentlichen in den Ländern am stärksten gewesen sind, die einen hohen Anteil an den wachstumsintensiven Industrien aufwiesen. Sie sind um so geringer gewesen, je stärker die stagnierenden bzw. rückläufigen Industrien vertreten waren. Überschaubar man die Veränderungen der einzelnen Industriebereiche bzw. -gruppen in den Ländern sowie das Gewicht der Beschäftigtenanteile der neuerrichteten Betriebe nach Branchen, so ergeben sich stichwortartig folgende Aussagen:

Schleswig-Holstein: Elektroindustrie und Chemische Industrie erlangten größeres Gewicht; ihre Ansiedlungen trugen zu einer ausgewogeneren Industriestruktur bei; Eisen- und Metallindustrie war allerdings – wie in allen anderen Ländern (außer Berlin) – vorherrschender Industriebereich;

Niedersachsen: Wandel der Industriestruktur durch Ausweitung der Eisen- und Metallindustrie, der Elektroindustrie und in geringerem Maße der Bekleidungsindustrie, insbesondere durch Neuansiedlungen; Anwachsen der Chemischen Industrie durch Ausweitung bestehender Betriebe;

Nordrhein-Westfalen: Eisen- und Metallindustrie sowie Elektroindustrie gewannen Gewicht durch Ausweitung bestehender Betriebe, Chemische Industrie durch Neuerrichtungen;

Hessen: Kein nennenswerter Strukturwandel durch Neuansiedlungen, aber Gewichtsverschiebungen zwischen einzelnen Gruppen;

Rheinland-Pfalz: Bedeutungszuwachs bei der Eisen- und Metallindustrie durch Neuansiedlungen, bei der Chemi-

schen Industrie und der Elektroindustrie im wesentlichen durch Erweiterung bestehender Anlagen;
Baden-Württemberg: Ausweitung der Elektroindustrie, begünstigt durch Neuansiedlungen;
Bayern: Ausweitung der Elektroindustrie und der Bekleidungsindustrie, in geringem Maße der Chemischen Industrie, insbesondere durch Neuansiedlungen;
Saarland: zahlreiche Neuansiedlungen der Elektroindustrie, aber keine wesentlichen Strukturänderungen; durch Verlust von Arbeitsplätzen im Bergbau noch verstärktes Gewicht der Eisen- und Metallindustrie;
Stadtstaaten: keine wesentlichen Änderungen der bisherigen Industriestruktur durch Neuansiedlungen.

Stilllegungen von Industriebetrieben

Im Bundesgebiet standen den Ansiedlungen innerhalb der dreizehn Jahre 4780 Stilllegungen von Industriebetrieben mit zusammen 493 323 Arbeitskräften zum Zeitpunkt des Höchststandes der letzten beiden Jahre vor der Stilllegung bzw. mit 331 907 Freisetzungen zum Zeitpunkt der Stilllegung gegenüber. Besonders deutlich heben sich die beiden Jahre der Rezession ab, auf die allein nahezu die Hälfte aller Stilllegungen und Freisetzungen entfiel. Etwa zwei Drittel der stillgelegten Arbeitsplätze wurden zuvor von Männern eingenommen.
Besonders ältere Betriebe, die vor 1945 gegründet worden waren, wurden von den Stilllegungen betroffen; auf sie entfiel mehr als die Hälfte aller Freisetzungen. Dabei zeigten sich allerdings zwischen den Branchen beträchtliche Unterschiede. Allgemein ist die Tendenz zu beobachten, daß Betriebe derjenigen Bereiche, bei denen die Schaffung von Arbeitsplätzen mit höheren Investitionen verbunden ist, eine längere Bestandsdauer gehabt haben. Demgegenüber sind dort, wo die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes bereits mit geringeren Investitionen möglich gewesen ist, die neuerrichteten Produktionsanlagen häufig schon nach kürzerer Zeit wieder stillgelegt worden. Einen Überblick über das Ausmaß der Stilllegungen in den Ländern gibt Tabelle 2.

Stilllegungen in den Verdichtungsräumen

In den 24 Verdichtungsräumen wurden insgesamt 1784 Industriebetriebe mit zusammen 280 419 Arbeitskräften stillgelegt. Die Folgen der im Zuge von Strukturkrisen verursachten Stilllegungen waren in monostrukturierten Gebieten besonders einschneidend. So wird die besondere strukturelle Schwäche des Steinkohlengebietes an der Ruhr dadurch deutlich, daß im Verdichtungsraum Rhein-Ruhr von 155 725 freigesetzten Arbeitskräften allein 81 427 aus Zeichenschließungen stammten. Ähnlich gravierend war die Situation an der Saar, wo von 13 022 freigesetzten Arbeitskräften 9255 zuvor im Bergbau tätig gewesen waren. Während in den meisten Verdichtungsräumen die Stilllegungen von Betrieben durch Ansiedlungen neuer Produktionsstät-

Tabelle 2: In den Jahren 1955–1967 stillgelegte Industriebetriebe und deren Beschäftigte zum Zeitpunkt des Beschäftigtenhöchststandes der letzten beiden Jahre vor der Stilllegung nach Ländern

Land	Betriebe	Beschäftigte
Schleswig-Holstein	106	10322
Hamburg	64	6892
Niedersachsen	419	39393
Bremen	28	24461
Nordrhein-Westfalen	1687	219274
Hessen	357	31032
Rheinland-Pfalz	227	15709
Baden-Württemberg	1081	77759
Bayern	625	41598
Saarland	76	16629
Berlin (West)	110	10254
Bundesgebiet	4780	493323

ten ausgeglichen werden konnten, war die Entwicklung in den Steinkohlengebieten weniger günstig; hier standen den Freisetzungen im Verdichtungsraum Rhein-Ruhr nur 99 818 neue Arbeitsplätze und im Verdichtungsraum Saar nur 1717 gegenüber.

Stilllegungen in den Bundesfördergebieten

In den Bundesfördergebieten wurden 968 Industriebetriebe mit 71 445 Arbeitskräften stillgelegt, darunter mehr als die Hälfte im Zonenrandgebiet. Die freigesetzten Arbeitskräfte waren etwa zu gleichen Teilen Männer und Frauen. Ihnen gegenüber standen mehr als 200 000 Arbeitsplätze in neuerrichteten Betrieben, so daß die Bilanz für die Bundesfördergebiete insgesamt als sehr positiv angesehen werden kann.

Industriebereiche bzw. -gruppen

Das Schwergewicht der Stilllegungen lag nach der Zahl der Freisetzungen bei der Eisen- und Metallindustrie und beim Bergbau. Hohe Anteile erlangten des weiteren die Textilindustrie und die Bekleidungsindustrie. Die genannten Branchen vereinigten auf sich zusammen etwa zwei Drittel aller Freisetzungen.
Eine Gegenüberstellung der Industriebereiche bezüglich der Ansiedlungen und Stilllegungen ergibt bei der Eisen- und Metallindustrie, der Elektroindustrie und der Chemischen Industrie ein Übergewicht an Beschäftigten der Ansiedlungen über die Stilllegungen, das bei den drei Branchen zusammen mehr als 350 000 Arbeitskräfte ausmacht. Bei den übrigen Bereichen waren die Zunahmen geringer, teilweise mußten sogar größere Verluste (z. B. im Bergbau 100 000) hingenommen werden.

Ansiedlungen und Stilllegungen

Am Ende des Jahres 1967 bestanden 5871 zwischen 1955 und 1967 neuerrichtete Industriebetriebe mit insgesamt

810 341 Arbeitskräften. Stillgelegt wurden 4780 Industriebetriebe mit zusammen 493 323 Arbeitskräften (Höchststand). Eine direkte Saldierung dieser Werte ist nicht möglich, da die Ansiedlungszahlen den Stand von Ende 1967 wiedergeben, die Stilllegungszahlen dagegen einen Zeitraum von dreizehn Jahren betreffen. Grob geschätzt, dürften sich jedoch etwa 1000 Betriebe mehr an Ansiedlungen gegenüber Stilllegungen und etwa 300 000 neue Arbeitsplätze mehr als Freisetzungen ergeben. Allerdings ist das Bild im regionalen Bereich und während der einzelnen Zeiträume recht differenziert.

Klaus Schliebe